Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3491**

16. Wahlperiode 21. 11. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anja Hajduk, Anna Lührmann, Thilo Hoppe, Ute Koczy und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3119, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen,

mehr Barmittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, um 0,7 Prozent des BIP bis 2015 zu erreichen. Hierzu benötigt Deutschland neben einer Steigerung der Haushaltsmittel auch zusätzliche und innovative Finanzierungsinstrumente und neue Entschuldungsinitiativen für hoch verschuldete Entwicklungsländer. Wir fordern die Bundesregierung auf eine Flugticketsteuer einzuführen und kurzfristig einen Umsetzungsplan für den deutschen Beitrag zum EU-Stufenplan vorzulegen.

Begründung

Gemäß des EU-Stufenplans zur Steigerung der öffentlichen Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit hat die Koalition von CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vom 11. November vereinbart, den Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BIP) bis 2010 auf mindestens 0,51 Prozent und bis 2015 auf mindestens 0,7 Prozent des BIP zu steigern. In der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat sich die Kanzlerin ebenso ausdrücklich zur Steigerung der ODA-Mittel verpflichtet.

Wir erkennen an, dass die Bundesregierung für den Haushalt 2007 eine Barmittelerhöhung des Einzelplans 23 durchgesetzt hat. Doch diese Summe reicht

nicht aus, um gemäß des EU-Stufenplans das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen. Mehr Barmittel sind nur durch stärkere Anstrengungen der Bundesregierung zu erreichen. Dafür sollen auch innovative Finanzierungsinstrumente zum Einsatz kommen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung im Rahmen der G8-Präsidentschaft neue Entschuldungsinitiativen ergreifen.

Andere Länder haben bereits zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mobilisiert, wie zum Beispiel Frankreich, das seit dem 1. Juli 2006 eine Ticketsteuer eingeführt hat. Zusätzlich haben schon 18 weitere Länder eine Ticketabgabe eingeführt oder diese verbindlich beschlossen, darunter ist auch Großbritannien. Deutschland sollte dem Vorbild seiner europäischen Nachbarn folgen.

Berlin, den 21. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333